

ich.

(einschließlich Saar-
erung dieser Städte
Gebietsumfangs)
= 26,3 v. H. am
= 26,3 v. H. am
2 v. H. der Reichs-
von 1910 auf 1919
von 1910 auf 1925
tner Zunahme von

roßstädte

1919 1910

03 785 3 734 258
06 779 958 108
40 940 600 291
30 711 607 592
36 485 644 644
39 257 410 214
18 002 414 578
17 336 358 728
2 805 381 678
5 026 258 962
4 302 229 483
8 528 191 378
4 840 187 342
7 218 170 195
9 931 142 760
8 429 156 824
5 201 129 406
1 102 104 341
206 113 627
784 106 738
452 90 254
677 94 667
721 88 301

eschriebenen Be-
den Großstädten
wesende Personen

ibten unter sich,
im ganzen ist zu
isse handelt, die
rstellung durch
erordentlich um-
vorausichtlich
noch einige
rückfälligen, daß
in mit der Be-
in den begin-
nützigen Volks-
nten Wohn-
von der Zahl
weseud selbst
in den Groß-

urde festgestellt,
ndenz ent-
und angeknüpft
berichts Ver-
für die Erfir-
und der Fahr-
am Stabe von
em Bekehrten
stände die
Patente
tiefen in der
den Vertrags-
tätigkeiten wurden
Vertrauens-
erwartungen, und zwar
bei Weimar
aus Oldenburg

Revent-
s Todestages
Auge aber
und unser Ge-
das Leben
worden. Ihr
daß sich
lich. Diese

unders-Erfir-
den Nachpost-
holm hat in
par die 825
bei ungünsti-
Dienst ein-
gelegt. Inge-
bereits über-
legt.

er Beutnant
schen Renu
1 Million
überquerung
ungen. Den
mmabes in
melbet, zu
5% Metern
nach Goten-
ntlang nach
berühren,
Kopenhagen
ab ausfällt.
Das Boot
Nahrungs-
in. Wenn
rd er sehr
in nach auf

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.
Rheider Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Koblstr. 8. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anhalt-Iselburger Zeitung

Nr. 183

Dienstag, den 7. Juli

1925

Frankreichs bedrängte Lage in Marokko.

Painlevé beschwichtigt.

Abfall mehrerer Stämme. — Fez bedroht. — Die Sozialisten gegen neue Kredite. — Die Friedensvorschläge an Abd el Krim.

tu. Paris, 6. Juli. (Tel.) Die Presseberichte über die un-
günstige Kampflage in Marokko, die sich ständig aus-
breitende Abfallbewegung der bisher treu gebliebenen
Stämme und die außerordentliche Bedrohung von
Fez hat in Paris große Erregung hervorgerufen, so
daß sich noch im Laufe der Nacht das Kriegsministerium
zu einer Richtigerstellung veranlaßt sah. Es heißt darin,
daß der Verrat einzelner Stämme eine bei Kolonialkriegen un-
vermeidliche Episode sei, die keine Veranlassung zur Beunruhi-
gung gebe. Der Feind sei besser bewaffnet als vor zehn Jahren,
greife häufiger und geordneter auf einer sehr ausgedehnten
Front an und beherrsche bei geschickter Ausnutzung des Geländes
ganz moderne Kampfmethoden. Es bestehe kein Grund, nervös
zu sein, wenn lokale Rückwärtsbewegungen und
Umgruppierungen vorgenommen würden, weil auf sie
heftige Gegenstöße folgen würden. Painlevé ergänzt den
amtlichen Bericht durch eine lange Erklärung im „Matin“. Die
Schwierigkeiten des marokkanischen Feldzuges beständen in der
Unmöglichkeit, europäische Kriegstatistik anzuwenden. Die aus-
gedehnte Front verhindere den Schutz vor Ueberfällen. Trotz des
Verrates der Stämme und der Erfolge Abd el Krim sei Fez
nicht bedroht. Painlevé hebt weiter den günstigen Fortgang der
spanisch-französischen Verhandlungen hervor und erklärt, bei den
gemeinsamen Friedensbedingungen müsse selbstverständlich das
Bestreben Frankreichs bei den Stämmen unverändert bleiben. Diese
würden nicht nur von der Friedfertigkeit, sondern auch von dem
tatsächlichen Siege Frankreichs überzeugt werden. Truppen-
verstärkungen würden weiter nach Marokko abgehen.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Wie der „Montag“ aus Paris
meldet, wird im Laufe dieser Woche die Regierung der Kammer
die neuen Kreditbewilligungen für Marokko unterbreiten. Nach den
Blättern gilt es jetzt schon als feststehend, daß die Sozialis-
ten den Kredit ablehnen werden.

tu. Paris, 6. Juli. (Tel.) Wie der Madrider Berichter-
statter des „Journal“ in einer Unterredung mit Maloy erfahren
hat, hat sich die französisch-spanische Konferenz in ihrer letzten
Sitzung mit der Abfassung von Friedensvorschlä-
gen für Abd el Krim beschäftigt. Es handelte sich um ein öf-
fentliches Friedensangebot und nicht offizielle Vorschläge, die
durch Mittelspersonen überbracht werden sollten. Die Vor-
schläge seien folgende: Abd el Krim und der Rif-Bewohner
werde die volle wirtschaftliche und administra-
tive Freiheit unter der Oberhoheit des Sul-
tans innerhalb der festgelegten Grenzen garantiert. Abd el
Krim werde ferner der rein symbolischen Bedeu-
tung halber (!!) nicht das gesamte Waffenma-
terial, sondern nur fünfzigtausend Schnellfeuerwaffen abtre-
ten müssen. Maloy fügt hinzu, die französisch-spanische Ver-
ständigung könne als vollzogene Tatsache angesehen werden.

tu. Madrid, 6. Juli. (Tel.) Die Sitzungen der Konferenz
wurden verschoben, um Instruktionen aus Paris abzuwarten.
Der Vorkämpfer Perotti erklärte, daß, wenn Abd el Krim die
Vorschläge Frankreichs und Spaniens nicht annehme, große ge-
meinsame Operationen erfolgen würden. Primo de Rivera
wird nach der Konferenz nach Afrika zurückkehren. Die Kra-
wallen in Tanger als Protest gegen die Durchführung des
Tangerstatuts sind nicht unbedenklich. Zu großen Tu-
multen kam es vor den französischen Zeitungsredaktionen. Die
englische Zeitung Morgreb schlägt für Tanger eine Verfassung
analog derjenigen von Danzig vor.

w. Paris, 6. Juli. (Draht.) Der Präsident der Republik,
Doumergue, empfing heute vormittag Painlevé, dar-
auf General Guillaumat. Guillaumat hat alsdann mit
Painlevé in seiner Eigenschaft als Kriegsminister mehr als eine
Stunde verhandelt. Man nimmt an, daß im Laufe des Mi-
nistrates, der im Elysée unter dem Vorsth Painlevés zusam-
mentritt, Painlevé dem Präsidenten der Republik ein Dekret
über die Ernennung Guillaumats zum Oberkommandierenden
in Marokko zum Unterzeichnen vorlegen wird.

Generalkriegspropaganda der Kommunisten.

tu. Paris, 6. Juli. (Tel.) Der kommunistische Arbeiter-
und Bauernkongress in Paris ist nach zweitägiger Beratung zu
Ende gegangen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme,
nach der die gesamte Arbeitererschaft Frankreichs in den
nächsten Tagen aufgefordert werden soll, wegen des
Marokkokrieges den Generalkrieg aufzunehmen.
Ein Exekutivauschuss von 150 Mitgliedern soll mit der Vor-

bereitung dieser Maßnahmen beauftragt werden. Außerdem ist
die Entsendung einer Untersuchungskommission nach
dem Kriegsschauplatz beschlossen worden. Es wird sich deshalb
eine Abordnung zu Painlevé begeben.

In West entfaltet sich eine rege kommunistische Propaganda,
die auch in verschiedenen anderen Hafenstädten Frankreichs sich
ausbreitet. Zahlreiche Flugblätter werden verteilt,
die die Truppen auffordern, im Kampfe gegen Marokko
die Waffen zu strecken.

England und Japan gegen eine Chinakonferenz.

Englische Schritte gegen Moskau.

tu. London, 6. Juli. (Tel.) Der „Manchester Guardian“ ist
amlich ermächtigt, mitzuteilen, daß England nicht an
einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen
mit Rußland denke, sondern daß eine Aktion gegen die
kommunistische Agitation der 3. Internationale von
England aus in Moskau nur gemeinsam mit einigen an-
deren Mächten, die sich von derselben Agitation bedroht
fühlen, (Frankreich, Tschechoslowakei und Ita-
lien) unternommen werden dürfe. Augenblicklich habe die eng-
lische Regierung mit diesen Regierungen Fühlung genommen,
um Umfang und Charakter eines gemeinsamen Schrittes in
Moskau zu erwägen.

Der neue amerikanische Gesandte in China, Murray, der am
Samstag in Shanghai eingetroffen ist, hat erklärt, er sehe keine
Möglichkeit für Amerika, von seiner traditionellen Politik der
offenen Tür und der territorialen Integrität Chi-
nas, die den Schutz von amerikanischem Leben und Eigentum
gewährleiste, abzulehnen. Obwohl eine amtliche Mitteilung aus
Washington über eine chinesische Konferenz noch nicht vorliegt,
hält man in London die gegenwärtigen Erör-
terungen über die Minderung der exteri-
oriellen Rechte für Ausländer in China in ho-
hem Grade gefährlich. Wie der diplomatische Korre-
spondent des „Daily Telegraph“ schreibt, ist man auch in japa-
nischen Regierungskreisen gegen eine derar-
tige Konferenz. Der Korrespondent weist darauf hin, daß
es hauptsächlich die amerikanischen Missionare in China gewesen
seien, die ihre Regierung zu Zugeständnissen gegenüber dem
chinesischen Chauvinismus veranlaßt hätten.

tu. New York, 6. Juli. (Tel.) Washingtoner Kreise erklä-
ren trotz der englischen und japanischen Opposition, Amerikas
Standpunkt in der Frage der China-Konferenz für unverändert.
Diese Kreise erhoffen trotzdem noch ein Zusammengehen Japans
und Englands mit Amerika. Wenn Amerika die Einberufung
der Konferenz China überlasse, dann werde es in jeder Bezie-
hung von Amerika gestützt werden. Wenn Amerikas Stand-
punkt nicht so völlig feststünde, würde das Staatsdepartement
nicht erst die Erklärungen über die Notwendigkeit einer China-
konferenz vor verschiedenen amerikanischen Journalisten offi-
ziell abgegeben haben.

tu. London, 6. Juli. (Tel.) Reuter berichtet aus Tokio, das
japanische Auswärtige Amt wäre der Meinung, daß
trotz allen Wünschen nach Abschaffung der Exterritorialität Ver-
handlungen über diese Frage während der gegenwärtigen
Unruhen unmöglich seien. Das japanische Auswärtige Amt
betont, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz die Ab-
haltung einer neuen Konferenz in Aussicht nehmen, soweit die
Lage dies nötig mache. Das japanische Auswärtige Amt
betont, daß es keine Kenntnis von irgendeinem
Vorschlage der Vereinigten Staaten habe, die auf
eine Konferenz der Vertragsmächte hinsichtlich China hindeuten
würde, wie dies in den Berichten aus Washington behauptet
wird.

tu. Peking, 6. Juli. (Tel.) Der Höhepunkt der poli-
tischen Spannung scheint jetzt erreicht zu sein. Die Stel-
lung der neutralen deutschen Kaufmannschaft wird deshalb be-
sonders schwierig, weil auch der deutsche Handel durch den Boy-
kott und durch die Streiks leidet. Wenn der Lösungsversuch des
diplomatischen Korps in Shanghai China nicht vorläufig zur
Ruhe bringt, daß die Boykotts und Streiks aufhören, dann wird
die Stellung Deutschlands auch politisch schwie-
rig sein, weil China noch nicht einmal den Finanzbeitrag von
1924 erfüllt hat und die deutsche Kaufmannschaft keinen Vorteil
aus dem Boykott englischer und japanischer Waren ziehen kann.
Die Abgabe Englands und Japans an dem Plan einer
Weltkonferenz über China macht bei den Chinesen allgemein
einen schlechten Eindruck, stürzt erneut die Propagandisten und
steigert die akute Gefahr in Kanton und Hongkong.

Die Umgruppierung der Besatzungsarmee.

tu. Straßburg, 6. Juli. (Tel.) Zu der Meldung deutscher
Blätter, daß ursprünglich die Absicht bestanden habe, die englische
Garnison von Köln nach Regh zu verlegen, wird hier von best-
informierter Seite erklärt, daß augenblicklich über die Umgrup-
pierung der Besatzungsarmee infolge der Ruhräumung noch
keine endgültige Entscheidung gefallen sei. Die eigentliche
Ruhräumung wird einige Wochen vor dem Endtermin des
16. August beginnen. Ueber die internationale Umgruppierung
und über die neue englische Besatzungszone wird der Oberste
Kriegsrat sofort nach Rückkehr des Marschall
Petain aus dem Rheinland endgültig beschließen in
Uebereinstimmung mit dem englischen Kriegsministerium.

Die Entscheidung in den Pariser Wirt- schaftsverhandlungen auf heute vertagt.

tu. Berlin, 6. Juli. (Draht. unseres Berliner Vertreters.)

Wie in später Abendstunde in Berlin bekannt wird, ist der
französische Handelsminister Chaumet durch die Beratungen
im Senat über das Gesetz betr. die kaufmännischen und gewerb-
lichen Unternehmungen festgehalten worden, so daß die für heute
abend angelegte Unterredung zwischen ihm und dem
Staatssekretär Dr. Trendelenburg nicht stattfin-
den konnte. Die beiden Delegationsführer werden morgen
zu der Unterredung zusammentreten. Doch ist der Zeitpunkt
noch nicht bestimmt worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Draht.) Zu der Frage, ob mit der
Vertagung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhand-
lungen auch automatisch eine Vertagung der deutsch-fran-
zösischen Industrie- und Handelsverhandlungen verbunden sei,
erklärt die „Volkszeitung“ aus beteiligten Kreisen, eine der-
artige Notwendigkeit bestehe nicht. Muimöglich werden diese
Verhandlungen, die Ende Juli in Paris stattfinden sollen, auch
weiterhin fortgeführt werden. Auch das Abkommen der we-
terarbeitenden Industrie mit der Eisenindustrie über die Ex-
portvergütung soll demnächst ebenfalls nicht durch Aus-
setzung der Handelsvertragsverhandlungen berührt werden.

Gegensätze im katholischen Lager Frankreichs.

Von unserem Korrespondenten.

* Paris, Anfang Juli.

Der „Wahlgeldunter suchungsausschuss“ der
Kammer tagt alle paar Wochen, seitdem sich die französischen
Parteien vor etwa zehn Monaten gegenseitig vorwarfen, die
Wahlkampagne vom Mai 1924 nicht mit eigenen Mitteln, son-
dern aus der allmächtigen Kasse des „Reichs für Wirt-
schaftliche Interessen“ unternommen zu haben. So
manches an diesem Ausschuss erinnert an einen anderen, den
man 1920 im Deutschen Reichstag sah, als die Schuldfrage am
Eintritt Amerikas in den Krieg festgestellt werden sollte. In
Berlin war damals alle Sensation vorbei, nachdem der jetzige
Reichspräsident Hindenburg unter dem Vorsth des Abgeordneten
Gothein vernommen wurde, und in Paris ist eigentlich auch
schon der Höhepunkt überschritten, seit der Vorsthende des „Rei-
chs für Wirtschaftliche Interessen“, der Senator Billiet,
verhört wurde, aber sich weigerte, einen Eid zu leisten, was ihn
ganze hundert Papierfranken Geldstrafe kostete. Dieses Vor-
bild wurde späterhin verschiedentlich nachgeahmt. Verweige-
rungen von Eidesleistungen vor dem Kammerauschuss waren
besonders von jenen derer, die anscheinend etwas verheimlichen
wollen, seit Monaten an der Tagesordnung. Ein kommunisti-
scher Abgeordneter brachte kürzlich etwas Leben in dieses ewige
Eierlei: Er erklärte, nicht vor Gott, sondern nur auf Ham-
mer und Sichel, dem Zeichen Moskaus, schwören zu wollen,
und als der Vorsthende, der sozialistische Abgeordnete Renaudel,
entgegnete, man debaudiere, so etwas nicht zu besitzen, da holte der
Kommunist Hammer und Sichel aus seinem Mantel hervor, da-
er diese Instrumente sorgfältig mitgebracht hatte.

Viel hat sich bei den ganzen Beratungen bisher nicht er-
geben. Dieser Tage sollte nun auch Marc Sangnier, der
Führer der katholischen Pazifistenpartei „La Jeune Republi-
que“ vernommen werden, und es fiel allgemein auf, daß er
trotz Vorladung nicht erschienen war. Eine Erklärung über
sein Fernbleiben vermag man sich einstweilen nicht zu geben.
Marc Sangnier steht eben wieder im Mittelpunkt der heftigsten
Diskussionen des modernen Frankreichs. Denn im Grunde be-
deutete es einen Sieg für ihn, daß sein schärfster Gegner Léon
Daudet vor über einer Woche bei einer Nachwahl zum Se-
nate durchfiel. Daudet ist der Führer der äußersten französi-
schen Rechten und der Vorsthende der Partei „L'Action
Francaise“. Selbstmerweise hatten verschiedene große Pa-
riser Zeitungen des Nationalen Blochs die Wahl des viel we-
ter rechts als sie stehenden Nationalisten empfohlen, und eben-
so merkwürdigerweise fand man nach Daudets Niederlage auch in
den Linkszeitungen nur die Einrückung der telegraphischen
Mitteilungen darüber, aber keine weiteren Kommentare über
diese Nichtwahl, die für Frankreich außerordentlich bedeutungs-
voll war: Daudet sei so mächtig, daß niemand ihn in den Sei-
tungen angreifen wage — raunt man sich als Erklärung
dessen geheimnisvoll in den Pariser Salons zu. In der Tat:
Wer weiß, mit welchen Mitteln die Partei „L'Action Fran-
caise“ vorgeht, der kann die Berechtigung dieser Vermutung mit
einer Wahrscheinlichkeit annehmen. Denn erst vor zwei
Wochen wurde entdeckt, daß sämtliche Telefongespräche des
früheren Innenministers Maloy von einer durch die „Action
Francaise“ hoch bezahlten Telephonistin seit Jahren abgelauscht
wurden. Würde man wagen, die Untersuchungen weiterzulei-

ben, so würde man nach Behauptung vieler in Daudets Hand eine Abschrift sämtlicher Polizei-Aktenstücke finden. Selbst die Zeitung „Le Devoir“, die jedoch erst sechs Verleumdungs- und Verleumdungsprozesse gegen die „Action Française“ gewann, stieß einen Freundschaftsbrief über die Festlegung Daudets durch einen gemäßigteren Katholiken aus, und als Politiker ist Marc Sangnier der einzige, der in seiner Zeitung „La Jeune République“ die Bedeutung der Fernhaltung Daudets vom Senat für die französische Politik und für die katholische Kirche ins rechte Licht setzt. Für Sangnier ist Daudet ein „Berufsschleibiger“, der überall um sich herum sp... Sangnier greift Daudet noch weit stärker an mit Worten, die sich nicht wiederlegen lassen. Seit ein Führer der „Action Française“ den Vorständen der „Jeune République“, Sangnier, durch Ueberfall mit Gewalt zwang, eine Flasche Rhinussol auszutrinken, legt sich dieser denen gegenüber, die er infolge ihres übertriebenen Nationalismus für die größten Gegner der katholischen Kirche hält, keine Schonung mehr auf. Jetzt aber entsteht — man wird das aus den kommenden Tagungen der französischen „Katholikenunion“ sehen, für die katholische Bevölkerung Frankreichs die große Frage, ob sie sich ein für allemal von den Leuten der „Action Française“ trennen will oder nicht. Die Angriffe Sangniers gegen Daudet sind vielleicht der Anfang einer allmählichen Entwicklung, die zu einer Klärung im katholischen Lager Frankreichs führen kann.

Fred Robert Karn.

Das deutsche Volk „ewig gefährlich!“

General Guillaumat über die deutsche Gefahr.
w. Paris, 6. Juli. (Draht.) Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Herpysprach General Guillaumat über die deutsche Gefahr. Das deutsche Volk werde „ewig gefährlich“ sein, nicht allein für Frankreich, sondern für alle zivilisierten Nationen, weil es fortwähre, den Krieg vorzubereiten. Ob bestieg oder als Sieger behielt es auch im Privatleben die Grundzüge der strengsten militärischen Disziplin weiterhin bei. Seine Organisationsstellen hätten die Form wieder her, auf der die Armee von 1914 begründet worden sei. Die Gefahr sei die, daß Frankreich, das einen ewigen Frieden braucht, von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit träume und dabei vergesse, daß die Anwendungen der Gewalt in den deutschen Ueberlieferungen und Einrichtungen begründet seien, ein zu tiefes Vertrauen in die Macht des intellektuellen Glanzes. Die Gefahr sei weiter die, daß gegenüber Frankreich, das bereit sei, jede edle Anregung aufzunehmen, 200 000 deutsche Lehrer den Kampf predigen und bei der militärischen Erziehung der Jugend eifrig und in früherer Gefinnung die alten Kadres der deutschen angeblich abgeschafften Armee wiederherstellen. Diese offensichtliche Tatsache verleugne, würde zu nichts führen, jenseits der französischen Grenze wachse die Gefahr heran.

Begeisterter Empfang der Polarflieger in Oslo.

Amundsen über die geplante Zepellinexpedition.
Oslo, 6. Juli. (Tel.) Amundsen ist gestern gegen Mittag in Oslo eingetroffen und von einer großen Menschenmenge freudig begrüßt worden. Seinem Schiffe fuhrn Motorboote, die Spalier bildeten, und Flugzeuge entgegen. Die Königin Mand tief von ihrem Motorboot Amundsen den ersten Willkommengruß zu. Der Störhupfpräsident hielt die Begrüßungsansprache, für die Amundsen bewegt dankte. Er brachte ein Hoch auf Norwegen aus, worauf die Menge den Nationalgesang anstimmte. Die Polarflieger fuhrn dann im offenen Wagen zum Schloß, zu einer Audienz beim König, die ¼ Stunde dauerte. Die Nordpolfahrer wurden dekoriert. Amundsen erhielt die Bürgerverdienstmedaille in Gold.

w. Berlin, 6. Juli. (Draht.) Amundsen hat dem Reichsminister des Innern ein Interzesse gewährt, in dem er u. a. sagte: „Ich glaube nicht, daß man mit einem Flugzeug den Nordpol erreichen kann. Es gibt keine Landungsplätze, die für Flugzeuge geeignet wären. Ich glaube aber fest, daß ein Zepellin es schaffen kann, weil er auf dem Meere beim Niedergehen nicht einsinkt, wie eine Maschine, die schwerer ist als Luft. Der Plan Edeners ist ein ganz großer Gedanke. Er sollte und er muß verwirklicht werden. Ich bin jederzeit bereit, wieder mit hinaus zu gehen. Ich teile vollkommen die Anschauungen Amundsens über Edeners Plan.“

Reichsregierung und Moskauer Urteil.

Der Ruxler mit dem authentischen Bericht über den Moskauer Studentenprozess ist in Berlin noch nicht eingetroffen. An zuständiger Stelle wird er spätestens im Laufe des Dienstags erwartet. Es verlautet, daß die Reichsregierung vor dem Studium dieses Berichtes weitere Schritte in Moskau nicht unternehmen wird. Die Deutsche Studentenliga und die Deutsche Liga für Menschenrechte haben sehr scharfe Proteste gegen die Moskauer Todesurteile gefaßt. Die Deutsche Liga für Menschenrechte appelliert in einem Telegramm an den Rat der Volkskammer der russischen Regierung auf Nichtvollstreckung dieser Todesurteile, um so mehr, als niemand durch die Verurteilungen zu Schaden gekommen sei. Der Vater des zum Tode verurteilten Dr. Kindermann, der Kaufmann Rindermann in Durlach, übermittelte der Presse eine Zuschrift, in der er die Zentrale der R.P.D. der Mittelschicht an dem Rindermann in Moskau anklagt und den Staatsanwalt auffordert, seine Pflicht zu tun.

Ein Reichskommissar für Handwerk und Kleingewerbe.

Der Reichstag hat am 6. Juli im Haushaltsausschuß des Reichswirtschaftsministeriums der Reichswirtschaftsminister das Wort. Er erklärte den Wunsch an, daß die Belange des Handwerks und des Kleingewerbes bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen wirksam vertreten werden. Die Regierung ist, so fuhr er fort, bereit, den von den Parteien in dieser Richtung geäußerten Wünschen des Handwerks entgegenzukommen. Die von einzelnen Parteien vorgeschlagene Form, einen Staatssekretär für das Handwerk zu ernennen, läßt sich aber im Rahmen der bestehenden behördlichen Organisationen nicht verwirklichen. Um dem Handwerk eine stärkere Vertretung der Belange zu sichern, ist die Reichsregierung bereit, beim Reichswirtschaftsministerium einen Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe zu schaffen. Mit der Leitung dieser Stelle soll ein in Handwerksfragen erfahrener Beamter, ein Ministerialrat, betraut werden. Dieser soll unmittelbar dem Staatssekretär unterstellt werden. Derselbe Reichskommissar soll zur Unterstützung seiner Aufgaben ein kleiner Ausschuß an die Seite gestellt werden, dem selbständige Handwerker und Kleingewerbetreibende angehören. Der Ausschuß würde in der Lage sein, die Anregungen und

Die parlamentarische Lage.

Noch keine restlose Klärung.

Die innenpolitische Lage, wie sie durch den Gegensatz zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen sich in den letzten Tagen gestaltet hat, dürfte voraussichtlich keine Klärung erfahren, d. h. nach der Haltung der Fraktionen zu schließen, wird es zu einer restlosen Klärung nicht kommen. In volksparteiischen Kreisen wird heute mit einer gewissen Befriedigung das Gerücht verzeichnet, daß es dem Reichskanzler Dr. Luther gelingen werde, die gegenteiligen Meinungen wenigstens bis zum Herbst zu beschwichtigen; man erklärt in diesen Kreisen ganz offen, es müsse allerdings im Herbst zu einer Scheidung kommen, weil man auf die Dauer einen Ballast zwieträftiger Meinungen in der Regierungskoalition und im Reichskabinet nicht vertragen. Vorläufig wird man sich auf die Ausführung der gesetzgeberischen Arbeiten konzentrieren, insbesondere auf die Zollvorlage und die Steuern. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Reichsregierung werde unter Zuhilfenahme eines Kompromisses bei Uebereinstimmung der Regierungsparteien wohl in der Lage sein, die Zollvorlage noch in dieser Tagungsperiode — unter Umständen mit einer Verlängerung bis zum 1. August — zu erledigen. Ob das bei den Steuern ebenfalls möglich sein wird, steht noch dahin. Wenigstens aber werden in dieser Richtung vonseiten der Parteien die stärksten Anstrengungen gemacht.

Was die außenpolitische Aussprache anbelangt, so hört man, daß Reichskanzler Dr. Luther nach wie vor entschlossen ist, diese Debatte nicht vor Absendung der

Wünsche des Handwerks unmittelbar den Zentralstellen zu übermitteln. Ueber die weitere Behandlung der Angelegenheit wird wie bisher mit den beteiligten Kreisen verhandelt werden.

Schwierigkeiten des Finanzausgleichs.

Am Samstag nachmittag fand in Berlin eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt, in der die im Steuerausgleich des Reichstages hart umkämpften Fragen des Finanzausgleichs noch einmal eingehend durchberaten wurden. In politischen Kreisen mißt man dieser Konferenz große Bedeutung bei. Die Staatssekretär Dr. Popitz im Steuerausgleich des Reichstages erklärte, fordert das Reich 25 Prozent von der Einkommensteuer, die Länder wollen 80 Prozent der Einkommensteuer behalten. Hier war eine Einigung nicht zu erzielen. Der Minister hat erklärt, daß er an seinem Standpunkt unbedingt festhalten müsse, weil er darin eine Lebensfrage für die künftige Gestaltung der Finanzlage des Reiches erblickt. Der Reichstag hat jetzt die Entscheidung zu fällen.

Die Agrarangelegenheiten.

w. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Im Reichstage trat heute der vom Reichstage eingesetzte handelspolitische Ausschuß für die Agrarangelegenheiten in der bereits gemeldeten Zusammenkunft mit Staatssekretär August Müller als Vorsitzenden zusammen. Der Ausschuß erledigte zunächst nur geschäftsmäßige Angelegenheiten. Es wurde beschlossen, in die vorliegenden deutsch-nationalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Fragebogen nach der Frage einzufügen: Welche Länder kommen überhaupt nach der ganzen handelspolitischen Situation auf dem Weltmarkt für uns insofern in Betracht, als bei ihnen Getreide- und Viehzölle als Kompensationszölle in Frage kommen?

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Nach dem Arbeitsprogramm, das sich der Reichstage tagende Agrarausschuß gesetzt hat, wird am Dienstag das Verhältnis der Zölle zur Intensivitätssteigerung, am Mittwoch die Frage der gegenwärtigen Belastung der Landwirtschaft, am Donnerstag die innere Preisbildung und die sozialen Wirkungen der Zölle und am Freitag die Frage der Handelsbilanz und der Zolltarif mit besonderer Berücksichtigung der gleitenden Zölle und der Bereitschaftszölle erörtert werden.

Dr. Schacht im preussischen Barmat-Ausschuß.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages für die Barmat-Rutister-Affäre erklärte heute Reichsbankpräsident Schacht, so sehr er mit der Politik der Seehandlung im Frieden zufrieden gewesen sei, so bedauerlich sei es, daß sie den Umbruch nicht völlig über sich erhebe, sondern die sehr großen Summen, die ihr zufließen, herausgäbe. In der Reichsbank habe man von dieser Herausgabe nichts erfahren. Daß aber die Gewährung von Krediten an Barmat und Rutister volkswirtschaftlich nicht von Nutzen war, darüber bestände wohl Einmütigkeit. Auf Befragen bestätigte Präsident Schacht, daß er erwogen werde, für die Staatsbank in Zukunft das kollektionalste System zu schaffen. Reichsbankpräsident Schacht erklärte weiter, der von ihm erhobene Vorwurf des Mangels an Führungsnahme komme daher, daß er dreizehn Jahre lang nicht erfahren konnte, wie hoch sich die von der Seehandlung an die Wirtschaft gegebenen Summen belaufen und wohin sie geflossen waren. Erst im Juli habe er eine ungefähre Aufstellung erhalten. Der Vorsitzende stellt dann das Thema der Seehandlung zur Erörterung und gab einen kurzen Ueberblick über die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse.

In der Nachmittagsitzung gibt Geheimrat Ruge von der Staatsbank über die Frage der Behandlung der Lombardkrediten im allgemeinen die Auskunft, daß Lombardkredite an Banken gewöhnlich nur durch die Generaldirektion gegeben werden dürfen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellt eine starke Rüge in der Organisation fest. Dann wendet sich der Ausschuß der Frage der Kreditgewährung an die Amerika und den Moskallitäten der Umstellung der Geschäftsabrechnung der Staatsbank zu. Zusammenfassend bemerkt Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß die Seehandlung den ungeheuren Umwälzungen der Inflationsperiode nicht gewachsen gewesen sei. Darauf verläßt sich der Ausschuß auf Dienstag, 10 Uhr vormittags.

Von Nah und Fern.

Die Deutschen in der spanischen Fremdenlegion.
tu. Berlin, 4. Juli. (Tel.) Verschiedentlich ist in letzter Zeit gemeldet worden, daß sich in der spanischen Fremdenlegion zur Zeit 1 bis 2000 deutsche Fremdenlegionäre befänden. Das deutsche Konsulat in Madrid hat nunmehr festgestellt, daß bis zum April dieses Jahres nur 628 Deutsche in die spanische Fremdenlegion eingetreten sind. Die deutsche Botschaft in Madrid hat nunmehr von der spanischen Regierung die Zusage erlangt, daß die minderjährigen Deutschen aus der Fremdenlegion sofort entlassen werden. Die Entlassung der übrigen Deutschen wird von der Botschaft weiter be-

trachtet. Die spanische Antwortnote nach Paris zuzulassen. Endgültige Klarheit wird sich erst dann ergeben, wenn Reichskanzler Dr. Luther vor dem Kabinettsrat seine Gründe auseinandergelegt hat. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten tritt am Mittwoch vormittags zusammen. Auf seiner Tagesordnung stehen die Beratungen der Note der Volkskammerkonferenz über die Ausfahrt und eine Reihe kleinerer Punkte. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten in dem Ausschusse noch einmal die Paktfrage zur Sprache bringen werden.

Die regierungsmüden Deutschnationalen

Eine Entschließung der sächsischen Vertrauensmänner.

Dresden, 6. Juli. Die sächsischen Deutschnationalen befaßten sich in einer Vertrauensmännerkonferenz mit der Kabinettschärfe Rebe gegen Stresemann. Die Regierungsmüdigkeit der Deutschnationalen trat in folgender Entschließung deutlich zutage: „Die führenden Vertreter aller Bezirksverbände und Ortsgruppen haben den Bericht ihres Spitzenkandidaten, Geheimrat Dr. Quast, über die außenpolitische Lage entgegengenommen und danach mit Genugtuung festgestellt, daß die Deutschnationalen Volkspartei und ihre Minister im Reichskabinet das eigenmächtige Sicherheitsangebot des Reichsministers Dr. Stresemann nicht billigen, nicht beden und nicht zu verantworten haben. Die Versammlung spricht einmütig die bestimmte Erwartung aus, daß die Partei alle Mittel daran setze, durch ihren Einfluß in der Regierung oder in den Ausschüssen durch Ueberzeugung zur Opposition einen Abschluß dieses Sicherheitspakt zu verhindern. Die gleiche Forderung gilt bezüglich des Eintritts in den Bittverbund und der Beantwortung der feindlichen Entwaffnungsnote.“

Schwerer Unfall auf der Dortmunder Union.

w. Dortmund, 6. Juli. (Draht.) Ein schwerer Unfall hat sich in dem Kunstschlachtenbetrieb der Dortmunder Union ereignet. Drei Arbeiter waren zu Beginn der Morgenschicht damit beschäftigt, einen großen Hohlraum in den Schlachtenberg zu treiben, als die Schläuche plötzlich nachgaben und die drei Arbeiter unter sich begruben. Der Arbeiter Kogel wurde durch die herabstürzenden Schlachtenmassen erschlagen. Der Arbeiter Malella erlitt schwere Schädelerletzungen, während der dritte Arbeiter mit leichten Verletzungen davonkam.

Todesurteil.

w. Hagen, 6. Juli. (Draht.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte nach längeren Verhandlungen den 27-jährigen Erwerber Wohl aus Hannover zum Tode und den 21-jährigen Bergmann Weise aus Bochum zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die beiden Verurteilten hatten am 3. Juni dieses Jahres einen in verfolgten Polizeibeamten erschossen, nachdem sie einen Ueberfall auf eine Frau verübt hatten, bei dem diese durch Hammerschläge auf den Kopf mehrere Schädelbrüche erlitt, die eine dauernde Lähmung zur Folge hatten.

Grubenunfall in Oberschlesien.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Die „Montagspost“ aus Breslau meldet, ist in der Nacht zum Sonntag auf der Zeche Concordia bei Hindenburg in Oberschlesien ein Schacht in einer Ausdehnung von 100 Metern eingebrochen. Zwei Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, ein dritter Arbeiter erlitt schwere Kopfverletzungen.

Große Explosion in einer russischen Munitionsfabrik.

tu. Moskau, 6. Juli. (Tel.) In Polozk (Sowjetland) explodierte eine der größten Sowjetrussischen Munitionsfabriken. Es waren dort 800 000 Kilo Dynamit untergebracht. Die Explosion hat ungeheuren Schaden angerichtet.

Zehn Personen von einem Zuge getötet.

tu. Paris, 6. Juli. (Tel.) Aus Madrid wird gemeldet, daß ein Wagen mit zehn Personen, die von einem Hochseilzug zurückgefahren, bei Murphia von einem Güterzug erfasst wurde. Sämtliche zehn Personen wurden getötet.

41 Tote in Boston wegen.

w. Boston, 6. Juli. (Draht.) Aus den Trümmern des zusammengestürzten Bismarck-Klubgebäudes sind bis jetzt 41 Leichen geborgen worden. Unter ihnen befand sich auch ein Polizeikommissar, der im Klub aufsteigend nach einer polizeilich gesuchten Person gefahndet hatte. 200 Rettungsmannschaften setzten die Suche nach weiteren Verunglückten fort.

Eine südamerikanische Stadt eingeeignet.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der „Montag“ meldet aus Newport: Nach einer Meldung aus Bogota in Kolumbien ist die Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

7 Menschen bei einem Brand umgekommen.

Saranac Lake (Staats New York), 5. Juli. (Draht.) Hier brannte heute ein Wohnhaus nieder, wobei sieben Personen umkamen.

Die letzten Meldungen.

Die deutschen Kampfschiffe gegen Polen in Kraft.
tu. Berlin, 6. Juli. (Draht.) Die Wälder weilen darauf hin, daß heute die deutschen Gegenmaßnahmen zur Erwerbung auf die polnischen Kampfschiffe in Kraft getreten sind. Die Maßnahmen werden, wie die Wälder hören, die polnische Einfuhr ebenso stark erschweren, wie Polen es schon seit mehreren Tagen mit der deutschen Einfuhr tut.

Markt- und Frankenschuldnottierungen.

h. New York, 6. Juli. (Funkpruch.) Schlusssatz der Markt: 23,80—82, 100 Franken gleich 4,71½ Dollar.
Baumwollnottierungen.
h. Bremen, 6. Juli. (Eig. Draht.) Schlusssatznottierungen: Juli —, Okt. 24,80—83, Dez. 24,82—85, Jan. 24,73—77, März 24,76—79, Mai 24,82—85.
h. Liverpool, 6. Juli. (Funkpruch.) Umsatz 5000 Ballen. Import —, für den Export —. Schlusssatz: Loco 13,80, Juli 12,61, Aug. 12,45, Sept. 12,27, Okt. 12,16, Nov. 12,03, Dez. 12,04, Jan. 12,04, Febr. 12,04, März 12,08, April 12,07, Mai 12,10, Juni 12,06.
h. New York, 6. Juli. (Funkpruch.) Gut behauptet. Schlusssatznottierungen: Loco 23,90, Juli 23,15—15, Aug. 23,80—30, Sept. 23,30—30, Okt. 23,24—25, Dez. 23,39—40, Jan. 23,87—87, März 23,14—14, April 23,27—27, Mai 23,40—40. Zufuhren: Atlantik 2000, Inland —, Golf 1000, Frankreich —.
Getreidenottierungen.
h. Chicago, 6. Juli. (Funkpruch.) Schlusssatznottierungen: Weizen: Juli 143, Sept. 141½, Dez. 143½, stetig; Mais: Juli 96½, Sept. 101½, Dez. 87½, kaum stetig; Hafer: Juli 44½, Sept. 45½, Dez. 48½, stetig; Roggen: Juli 93½, Sept. 97, Dez. 99, unregelmäßig.

Kreisblatt der R hede

Nr. 1

Die

Wieder

w. Paris, stattgefundenen Trendelenburgs amtl. fentlicht worden.

Die Führer gationen hatten die Frage zu verhandeln solle. Es wurde führer wieder Lage zusammengetroffene Abm Verpfichtung zwischen den beiden men zu stören habung der Ein auf Ein- und

Da es für Punkte festzulegen gationsführern Trendelenburg Paris verble

Der Dawa

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.

tu. Berlin, 6. Juli. (Tel.) Der Dawa (Dawab) ist ein politisches Druckorgan, das in der Stadt Manicacas, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst, die bei einem Farbenhändler ausbrach, vollständig zerstört worden.